

Ressort: Auto/Motor

Regierung dementiert Maut-Streit mit Juncker

Berlin, 21.12.2014, 11:25 Uhr

GDN - Die Bundesregierung hat dementiert, dass EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wegen der deutschen Maut-Pläne mit einem Vertragsverletzungsverfahren gedroht hat. "Diese Meldung ist falsch. Jean-Claude Juncker hat sich in keiner Weise bei der Bundeskanzlerin wegen der Maut beschwert", sagte der stellvertretende Regierungssprecher Georg Streiter der "Bild" (Montag).

Die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" hatte berichtet, dass Juncker am Rande des CSU-Parteitags vor gut einer Woche Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gesagt habe, die Maut-Pläne würden gegen EU-Recht verstoßen und Deutschland damit ein Vertragsverletzungsverfahren riskieren. Die EU-Kommission stoße sich daran, dass Deutschland mit der geplanten Pkw-Maut nur Ausländer wirksam belasten will, weil Inländer die Gebühr über eine niedrigere Kfz-Steuer verrechnet bekommen, hieß es in dem Bericht weiter.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-46739/regierung-dementiert-maut-streit-mit-juncker.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619